**Rede des Bürgermeisters Christian Vedder
Einbringung des Haushaltes der Gemeinde Südlohn
für das Jahr 2020
Sitzung des Rates der Gemeinde Südlohn am 11.12.2019
Sperrfrist: 11.12.2019, 19.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort**

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mittlerweile im 3. Jahr könnte ich die Haushaltsrede mit den Worten beginnen: auch in diesem Jahr stellen die Investitionen wieder die zentrale Größe im Haushalt dar.

Laufende Ein- und Auszahlungen steigen nahezu proportional, so dass auch in den kommenden Jahren der „Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit“ – wie es so schön heißt – zur Finanzierung dieser Investitionen beitragen kann.

Darüber hinaus erhält die Gemeinde zur Finanzierung von Investitionen verschiedene Zuschüsse, so dass für das Jahr 2020 bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von 7,35 Mio. EUR „nur“ eine Kreditaufnahme von 4,5 Mio. eingeplant wurde.

Auch in den Jahren 2018/2019 wurden viele Maßnahmen begonnen und durchgeführt, für die bisher kaum Kredite aufgenommen wurden. Theoretisch denkbar wäre hier ein Kreditvolumen von ca. 5 Mio. EUR. Bei einem derzeitigen Liquiditätsstand von 0,7 Mio. EUR bleibt jedoch zunächst noch die Entwicklung bis zum Jahresende abzuwarten. Auch im Hinblick auf die weiteren Investitionen ist es denkbar, erst über Kassenkredite zwischenzufinanzieren, bevor ein größerer Investitionskredit aufgenommen wird.

Die künftigen Jahres**ergebnisse**, die also über „Haushaltssicherung oder nicht“ entscheiden, werden durch die investitionsbedingten Abschreibungen belastet. Lediglich im Abwasserbereich müssen und dürfen diese durch Gebühren wieder erwirtschaftet werden. Hier schlagen sich also die Investitionen „nur“ auf die Liquidität nieder.

Insgesamt ist die Ertragssituation nach wie vor gut. Hier ist abzuwarten, wie sich der Trend tatsächlich angesichts der – allerdings auch schon seit 2 Jahren - prognostizierten Verschlechterung des Wirtschaftswachstums entwickeln wird. Nach wie vor gilt: zuverlässige Planungen für die Finanzplanjahre sind schwierig und mit Vorsicht zu genießen.

Es ist schön, dass es der Gemeinde so gut geht und im Sinne der Generationengerechtigkeit der Investitionsstau nach und nach abgebaut werden kann. In den vergangenen Jahren reichten trotz des relativ hohen Investitionsvolumens die eigenen Mittel oft aus, so dass auf Kreditaufnahmen weitgehend verzichtet und das Gesamtkreditvolumen sogar reduziert werden konnte.

Waren in früheren Jahren Investitionen von um die 3 Mio. EURO geplant, werden in den nächsten 3 Jahren ca. 18 Mio. EUR investiert. Dies stellt nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine personelle Herausforderung dar. Daher wurde bereits bei der Planung darauf geachtet, dass die Investitionen gleichmäßig verteilt und auch gestreckt wurden. Denn: es sind noch Maßnahmen im Wert von ca. 7 Mio. abzuarbeiten, die in den Vorjahren begonnen wurden.

Hier sei der Neu-/und Umbau der St. Vitus Grundschule genannt, der im Jahr 2020 mit dem geplanten Gesamtvolumen von 6,2 Mio. EUR zum Abschluss gebracht werden soll. Der nächste Schulbau steht schon wieder ab 2021 auf dem Plan: Planungen und Bau der von-Galen-Grundschule sind nach einer ersten Kostenschätzung mit insgesamt 4,5 Mio. EUR veranschlagt worden. Detailplanungen müssen jedoch noch erstellt werden, so dass genauere Kosten noch nicht ermittelt werden können.

Auch im Abwasserbereich sind wieder viele Maßnahmen geplant worden. Das Nachklärbecken wird dieses Jahr mit Auszahlungen von insgesamt 3,6 Mio. EUR (inkl. Vorjahre) abgeschlossen. Auch verschiedene Baumaßnahmen im Kanalbereich, z.B. in den Baugebieten, in der Blumen-/Gartenstraße oder auch auf dem Käranlagengelände stehen hier zu Buche. Im Abwasserbereich machen sich die Investitionen auch beim Bürger bemerkbar, da für die Abschreibungen Gebühren erhoben werden müssen. Eine leichte Gebührenerhöhung für das Jahr 2020 ist daher nicht vermeidbar. Es wird durch laufende Kalkulationen gewährleistet, dass Gebührenänderungen sich in vertretbarem Maße bewegen. Der Versuch, eine möglichst konstante Gebühr zu ermitteln, wird zunehmend schwieriger: nicht zuverlässig planbare Baukostensteigerungen und unvorhersehbare Unterhaltungsmaßnahmen, die durch das Alter der Anlagen bedingt sind, schlagen sich unmittelbar nieder. Hinzu kommen nicht planbare Schwankungen in den „Maßstabseinheiten“. Für das nächste Jahr ist eine Neuerfassung der versiegelten Flächen für die Regenwassergebühr geplant. Hier ist davon auszugehen, dass sich die

Maßstabseinheiten gegenüber der Ersterhebung im Jahr 2009 verändern werden.

Möglicherweise besteht im Abwasserbereich auf lange Sicht durch grundlegende Umstrukturierungsmaßnahmen noch Einsparpotential. Zunehmend lässt sich feststellen, dass viele Maßnahmen aufgrund der geringen Größe der Gemeinde und auch der Personalknappheit nur schwer oder mit relativ hohem Aufwand zu realisieren sind.

Auch im Straßenbau sind im kommenden Jahr noch einige Maßnahmen geplant. Soweit sie sich auf die Wohn- und Gewerbegebiete beziehen, sind sie im Grundstücks- und Immobilienbetrieb veranschlagt und finden sich daher nicht im Haushaltsplan der Gemeinde daher wieder.

Dennoch machen im Gemeindehaushalt der Wirtschaftswegebau, die Anlegung der Linksabbiegerspur zum Gewerbegebiet Pingelerhook und der Ausbau der Blumen-/Gartenstraße mit einem Gesamtvolumen von 3 Mio. EUR zumindest betragsmäßig die Hälfte der geplanten Baumaßnahmen aus.

Die beiden letztgenannten Baumaßnahmen haben uns auch in den Vorjahren schon aus verschiedenen Gründen beschäftigt. Hier scheint sich in beiden Fällen eine Lösung abzuzeichnen:

Für die Erweiterung des Gewerbegebietes bestehen gute Aussichten aufgrund der in den letzten Jahren getätigten Grunderwerbe hier Ersatzflächen gefunden zu haben.

Bei den KAG-Beiträgen, die für die Blumen-/Gartenstraße anfallen werden, ist davon auszugehen, dass sich diese um 50 % reduzieren lassen – allerdings sind hier baukostenbedingte Steigerungen noch nicht eingerechnet. Das Land wird sich an beitragspflichtigen Maßnahmen mit 50 % des Anliegeranteils beteiligen, wobei die genaue Verfahrensweise noch nicht endgültig geklärt ist. Erst dann sollte auch die Maßnahme in Angriff genommen werden.

Ebenfalls im Jahr 2020 soll mit den ersten Maßnahmen zur Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes begonnen werden. Insgesamt 1,8 Mio. EUR stehen hier bis 2023 auf dem Plan, davon 170.000 EUR für das Jahr 2020. Diese sollen für die Erstellung verschiedener Konzepte (Wohnraumversorgungskonzept, Tourismuskonzept und die

Machbarkeitsstudie für einen „Schlingeweg“) und für die Schaffung von Sitzmöglichkeiten verwendet werden.

Ebenfalls einhergehend mit der Umsetzung der ISEK-Maßnahmen ist auch der Umbau der Turnhalle an der ehem. Roncalli-Schule um ein weiteres Jahr geschoben worden. Hier ist es erklärter politischer Wille, Maßnahmen erst dann anzugehen, wenn über die Zukunft des Gesamtareals Einigkeit besteht. Unter anderem spielt hier auch der Gedanke eine Rolle, das Schulgebäude zu verkaufen, um eine sinnvolle Nutzung weiterhin zu ermöglichen und mit den dadurch erzielten Mitteln andere Investitionen möglich zu machen.

Einen für die kommenden Jahre steigenden Investitionsbedarf wird sicherlich auch der Bereich des beweglichen Anlagevermögens – vor allem aufgrund der zunehmenden Digitalisierung mit sich bringen. So ist hier für das Jahr 2020 vor allem im Schulbereich schon ein erheblicher Betrag eingeplant worden. Auch das Onlinezugangsgesetz, das Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten, wird sich hier niederschlagen. Neben den damit verbundenen Anschaffungen im Bereich Hard- und Software wird hier auch mit einem erhöhten Personalaufwand gerechnet werden müssen. Die Zahlen hierfür können jedoch zurzeit noch nicht beziffert werden.

Eine erfreuliche Entwicklung ist bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen: das Aufkommen wird im Jahr 2019 bei fast 6 Mio. EUR liegen. Entsprechend der aktuellen Meßbeträge und der Prognosen für die kommenden Jahre wurde hier der Ansatz wie in den Vorjahren vorsichtig kalkuliert. Dennoch ist ein Wert von über 5 Mio. EUR für eine Gemeinde unserer Größenordnung respektabel.

Wir sollten daher unsere Mittel im Sinne der Gemeinde für die Erweiterung der Gewerbegebiete einsetzen, um die Standorte für die ortsansässigen Betriebe zu sichern. Die Bewerber stehen schon vor der Tür und sowohl in Südlohn als auch in Oeding sind Erweiterungsflächen erforderlich. Bei der Vermarktung sollte auf eine gute Mischung von Gewerbebetrieben der unterschiedlichen Branchen geachtet werden.

Ich danke den ortsansässigen Unternehmern für ihr Engagement und ihre Standorttreue, die dazu beitragen, Arbeitsplätze zu erhalten und somit gute Lebensbedingungen für unsere Familien zu schaffen.

Manchen mögen die Investitionen für die Entwicklung der Gewerbegebiete hoch erscheinen, eine Alternative ist aber nicht in Sicht, zumal auch für die übrigen Steuereinnahmen wie z.B. der Gemeindeanteil an Umsatz- und Einkommensteuer die Steigerungsraten in den kommenden Jahren geringer ausfallen werden.

Die guten Ergebnisse des Haushaltes sorgen auch weiterhin für einen Aufwärtstrend in der Finanzplanung und Liquidität.

Die ordentlichen Erträge liegen mit 19,3 Mio. EUR um 0,5 Mio. EUR über dem Vorjahresansatz. Die ordentlichen Aufwendungen liegen mit insgesamt 18,6 Mio. EUR um ca. 1,4 Mio. EUR höher als im Vorjahr. Insgesamt liegt das geplante Jahresergebnis ca. 1 Mio. EUR unter dem Vorjahresergebnis.

Die im Vorjahr genannten Tendenzen und Entwicklungen setzen sich fort: Moderat steigende Steuererträge, sowie dem Bedarf angepasste Gebühren. Im Bereich der Aufwendungen wurden vor allem die Personalaufwendungen nach wie vor knapp kalkuliert.

Die größte Abweichung bei den Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr ergibt sich durch die steigenden Kreisumlagen. Sie werden aufgrund verschiedener Faktoren (unter anderem auch die hohen Gewerbesteuererträge) im nächsten Jahr ca. 1 Mio. EUR mehr betragen als im Vorjahr. Insgesamt verbleiben weniger als 50 % der Steuererträge tatsächlich bei der Gemeinde. Da die maßgebenden Steuererträge jedoch den Bedarf der Gemeinde mehr als decken, sind Schlüsselzuweisungen aufgrund der derzeitigen unveränderten Struktur bei der Verteilung der Schlüsselmasse auch in den kommenden Jahren nicht zu erwarten.

Die Entwicklung des Ergebnishaushaltes wurde im Übrigen in Einklang mit den Orientierungsdaten des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom August 2019 erstellt.

Die um Sondereffekte „bereinigten“ Jahresergebnisse werden zwar gering, aber kontinuierlich steigen.

Als derartige Sondereffekte sind für das Jahr 2020 höhere Einmalaufwendungen (Breitbandausbau, Schulmöblierung, verschiedene Zuschüsse) zu verzeichnen, ohne die das Ergebnis ca. 500 TEUR besser ausfallen würde.

Für das Jahr 2021 wurde eine Zahlung im Rahmen der geplanten Gemeindeumgliederung in Höhe von 476 TEUR sowie geringere

Rückstellungsbuchungen eingeplant, wodurch das Ergebnis dort nach oben „ausreißt“.

Der Haushalt der Gemeinde ist strukturell ausgeglichen. Aber auch für die Jahresergebnisse gilt: Da für die Finanzplanjahre nicht detailliert geplant werden kann, sind die ermittelten Überschüsse der Folgejahre mit Vorsicht zu genießen.

Hinsichtlich der Liquidität stehen die Zeichen gut. Zur Vorfinanzierung von Investitionen wurde Mitte Oktober – zinsbringend - ein Kassenkredit aufgenommen, der voraussichtlich zum 30.12. zurückgezahlt wird. Investitionskredite wurden Anfang des Jahres in Höhe von 780 TEUR im Rahmen des Programmes „Gute Schule 2020“ und für ein zinsfreies Darlehen für den Schulbau aufgenommen. Weitere Kreditaufnahmen werden im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 geprüft. Die evtl. erforderlichen Ermächtigungen können dann übertragen werden.

Angesichts der geplanten Investitionen sind Prognosen über künftige Kreditbelastungen schwierig. Für das Jahr 2020 ist eine Kreditermächtigung von 4,5 Mio. EUR vorgesehen, für 2022 weitere 3 Mio. EUR. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass auch für die Vorjahresinvestitionen noch Kredite aufgenommen werden müssen.

Das Ideal „keine weiteren Kredite“, sollte nicht aus den Augen verloren werden. Es sollten keine Alternativen zur Kreditaufnahme unberücksichtigt bleiben. Dies können Verkaufserlöse – vor allem aus nicht mehr benötigtem Anlagevermögen – aber auch die Ausschöpfung von Fördermöglichkeiten sein. Für eine kleine Kommune ist es dabei immer schwieriger, angesichts der vielen möglichen Fördertöpfe diejenigen zu finden, die zu den Maßnahmen passen. Hierfür wurde neben der Mitgliedschaft bei einer Fördermittelberatung auch eine Personalaufstockung eingeplant.

Außerdem sollte konkret darüber nachgedacht werden, ob – wie in anderen Kommunen – eine „echte“ Rücklage zur Finanzierung der künftigen Beamtenpensionen angespart wird.

Neben den finanziellen Aussichten möchte ich Ihnen auch einen kleinen Ausblick auf die kommenden Herausforderungen, denen sich die Gemeinde stellen muss, geben. Die Gemeinde hat in der Vergangenheit viele Aufgaben bewältigt, kann sich aber nicht „ausruhen“. Neue Aufgaben warten und müssen gelöst werden.

Gut gemeistert hat die Gemeinde meiner Meinung nach die Flüchtlingskrise. Inzwischen wohnen von insgesamt 132 Asylbewerben (59

Bewerber, 73 anerkannte) 94 Personen in den 12 gemeindeeigenen und 38 Pers. in 7 angemieteten Unterkünften.

Für das Jahr 2020 wurden mit durchschnittliche 30 Asylbewerbern kalkuliert.

Die finanzielle Ausstattung durch das Land mit Pauschalzuweisungen und Beteiligung an der Umsatzsteuer ist seit 2018 dem Grunde nach nicht angepasst worden. Hier wird über eine Änderung der Pauschalzuweisungen nachgedacht. Die in den Vorjahren an die Gemeinden über die Beteiligung an der Umsatzsteuer weitergereichte „Übergangsmilliarde“ sollte dem Grunde nach auch für 2020-2021 weiter bewilligt werden. Die rechtlichen Voraussetzungen sind hierfür noch nicht geschaffen. Dennoch wurde aufgrund der Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes davon ausgegangen, dass sich die Verteilungsmasse für das Land NRW sich 2020 um 320 Mio. EUR und für 2021 um 300 Mio. erhöht.

Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben erst am Montag (09.12.) per Pressemitteilung ausgeführt, dass sie 110 Millionen Euro aus unerwarteten Steuermehreinnahmen für „flüchtlingsbedingte Aufwendungen der Kommunen reservieren“ wollen. Weitergehende Informationen liegen dazu allerdings nicht vor.

Zunehmend schwieriger wird angesichts der steigenden Anforderungen die Personalentwicklung. Einer kleinen Kommune gelingt es kaum noch, qualifiziertes Personal von auswärts für frei werdende Stellen zu akquirieren. Umso wichtiger ist es, eigenes Personal in ausreichendem Maße auszubilden und durch die Schaffung von „weichen“ Faktoren wie wie Vertrauen, Anerkennung, Betriebsklima sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu halten. Auch hier spielt wieder das Stichwort „Digitalisierung“ eine Rolle. Telearbeitsplätze oder vergleichbare Arbeitsmodelle dürfen nicht mehr ausgeschlossen werden. Alternativ bleibt nur noch die Möglichkeit, Aufgaben auszulagern. Dabei sollte nicht aus den Augen verloren werden, dass vor allem für die Bürger der Charme einer kleinen Verwaltung darin liegt, direkt vor Ort den passenden Ansprechpartner zu finden.

Investitionen und Schuldenfreiheit werden sich nicht immer in Einklang bringen lassen, daher soll weiterhin auch über die Sinnhaftigkeit von Investitionen und über alternative Finanzierungen nachgedacht werden.

Unsere finanziellen Möglichkeiten haben dazu beigetragen, dass in vielen Bereichen in die Infrastruktur – sei es Straßen, Abwasserbereich, Schulen, Kindergärten o.ä. investiert werden konnte. Es unsere Aufgabe, das vorhandene Vermögen – sofern es noch benötigt wird – für die nachfolgenden Generationen zu erhalten und zu unterhalten und für die Bürger einen lebenswerten Ort zu schaffen.

Das gute Engagement der Bürger in zahlreichen Vereinen und Organisationen trägt hierzu in steigendem Maße bei und soll an dieser Stelle lobend erwähnt werden.

Es bleibt also wie im Vorjahr zu sagen:

Wir haben die einmalige Chance nachfolgenden Generationen eine gute Infrastruktur mit der Aussicht auf Schuldenfreiheit Gemeinde zu übergeben. Mein dringender Appell an Sie: Lassen wir diese Chance nicht ungenutzt verstreichen!

In den Unterlagen, die Ihnen ab sofort zur Verfügung stehen, wird auch wieder eine komprimierte Version des Haushaltsplanes sowie der Investitionen angeboten.

Detaillierte Informationen zum Haushalt finden Sie im Vorbericht.

Änderungswünsche sollten uns so frühzeitig wie möglich mitgeteilt werden, damit eine umfassende Aufbereitung für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erfolgen kann. Die Sitzung wird voraussichtlich am 15.01.2020 stattfinden. Bis dahin haben Sie Zeit, den Haushalt zu überprüfen und ggfls. eigene Änderungsvorschläge zu machen. Bitte fügen Sie Ihren Wünschen auch Deckungsvorschläge bei.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns einladen würden, Ihnen den Haushalt 2020 näher zu erläutern. Vereinbaren Sie bitte einen Termin mit uns.

Bei Ihren internen Beratungen über den Haushalt 2020 wünsche ich Ihnen einen guten Erfolg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.